

(Tobias Wald)

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist doch nicht wahr!
– Zuruf von der SPD: Wir haben doch gebaut!)

obwohl es dort viele Landesimmobilien gibt. Nichts ist passiert. Grün-Rot beweist mal wieder eines: Bundesgesetze, die auf den Weg gebracht worden sind, werden schlecht, fehlerhaft umgesetzt. Der Wohnungsbau von Grün-Rot ist enttäuschend.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sie haben keine Ahnung!)

Kein Mieterschutz, kein sozialer Mieterschutz – nichts. Meine Damen und Herren, wir alle sind schwer enttäuscht.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Stefan Fust-Blei SPD: Wo sind Sie, Herr Wald? Wollen Sie eine Gebietskulisse oder nicht? Keine Aussage! Die CDU-Fraktion bleibt wieder völlig blank!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube tatsächlich, Herr Kollege Wald, dass die Eigentümer, Mieter und Wohnungsunternehmen im Land enttäuscht sind – aber nicht von der Regierung, sondern von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es zeigt sich doch, dass Sie weiterhin keine Konzepte und keine Lösung haben.

Was mich an der Debatte am meisten gestört hat: Ich glaube, wir dürfen die Bezahlbarkeit von bestehendem Wohnraum und die Schaffung von neuem Wohnraum nicht gegeneinander auspielen – das sind zwei Seiten derselben Medaille. Darum bitte ich Sie eindringlich.

Wir haben auf der einen Seite eine große Menge an Maßnahmen geschildert, um die Bezahlbarkeit bestehenden Wohnraums zu sichern. Der Herr Minister ist noch einmal darauf eingegangen und hat noch einmal klargemacht, dass er diese Regelungen rechtlich sauber umsetzen muss. Wenn wir es geschafft hätten, dass die Gemeinden über die Mietpreisbremse selbst entscheiden können, hätte ich nichts dagegen gehabt. Das hätte man machen können, und ich hätte es für die bessere Lösung gehalten. Aber wir haben jetzt eine Lösung, wie sie im BGB steht, und sie muss so rechtssicher umgesetzt werden. Klagen sind bereits angekündigt. Man kann nichts anderes machen, als eine rechtlich saubere, juristisch haltbare Lösung zu finden. Ich glaube, die haben wir. Es ist gut so, dass die vielen großen Universitätsstädte, in denen wir das Problem haben, in diesen Gebietskulissen drin sind. Dafür nochmals herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Wir brauchen uns von Ihnen auch beim Thema „Schaffung von neuem Wohnraum“ nichts vorwerfen zu lassen. Ich habe

noch einmal die Angaben dazu herausgesucht, wie sich die Zahl der baufertiggestellten Wohnungen entwickelt hat.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Claus Schmiedel hätte es sicherlich in DIN A 1 gehabt, ich habe es nur im DIN-A-4-Format. Man sieht: In den letzten fünf Jahren der schwarz-gelben Regierungszeit ist die Zahl von 36 000 auf 22 000 Wohnungen heruntergegangen. Seitdem ging es wieder nach oben. Es ist klar und eindeutig:

(Lachen bei der CDU – Zurufe von der CDU)

Wir schaffen die nötigen Rahmenbedingungen, damit hier im Land gebaut werden kann, und das ist gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Claus Schmiedel SPD: 35 000 neue Wohnungen!)

Herr Kollege Rülke, was mich am meisten stört: Sie kritisieren die Erhöhung der Grunderwerbsteuer. Aber daraus haben wir ganz gezielt für Familien die Betreuung von Kindern im Alter von unter drei Jahren finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf der Abg. Bärbl Mielich GRÜNE)

Womit wollen Sie es denn finanzieren? Oder wollen Sie das wieder abschaffen? Das ist doch keine seriöse Finanzpolitik, die Sie da vorhaben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben die Situation – wir haben es bei der KOWO gehört; auch Herr Nawrath hat es auf seiner Pressekonferenz noch einmal deutlich geschildert –, dass das Landeswohnraumförderungsprogramm im Augenblick anzieht und angenommen wird, dass es deutlich mehr angenommen wird, als die Zahlen aus dem Jahr 2013, die Sie aus der Landtagsdrucksache zitiert haben, zeigen.

Hinzu kommen mit 2 Milliarden € im Jahr die L-Bank-Programme – Kollegin Lindlohr hat es angesprochen. Das sind Maßnahmen, die dafür sorgen werden, dass in Baden-Württemberg neue Wohnungen geschaffen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Herr Kollege Wald, ich bin ja Wahlkreisabgeordneter in Karlsruhe. Gerade im Fall Karlsruhe kann man dem Land gar nichts vorwerfen. Zwei große Bauflächen sind da: eine hinter der Dualen Hochschule, eine in der Nordweststadt. Das Land hat angeboten, diese unter dieser Verwaltungsvorschrift verbilligt zu veräußern. Aber es muss – das muss ich auch meiner eigenen Stadt Karlsruhe klar und deutlich sagen – zuerst Baurecht geschaffen werden, damit klar ist, welchen Wert diese Flächen haben.

(Abg. Tobias Wald CDU: Das ist doch Ihr OB! Bekommt er das nicht auf die Reihe? Nicht fähig, oder was?)

Da gibt es ein großes und breites Angebot des Ministers an die Stadt Karlsruhe. Ich wünsche mir, dass die Stadt Karlsruhe

(Johannes Stober)

he von diesem Angebot möglichst bald Gebrauch machen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Tobias Wald CDU: Das kann ja wohl nicht sein!)

Zum Schluss möchte ich auf ein weiteres innovatives Modul unserer Landeswohnraumförderung aufmerksam machen, das im Augenblick leider noch nicht in großem Maß genutzt wird und das für Leute mit wenig Eigenkapital gedacht ist: das genossenschaftliche Wohnen. Dies bietet für Menschen, die sich das Eigenheim nicht leisten können, aber trotzdem gemeinsam mit anderen bauen wollen, eine Zukunft.

Es gibt Wohnungsbaugenossenschaften mit Einlagen von 1 000 €. Das ist kein Problem. Aber es gibt bei neu gegründeten Genossenschaften auch Einlagen in Richtung 15 000 € bis 20 000 €. Da bin ich Ihnen sehr dankbar, Herr Minister, dass das durch die neue Landeswohnraumförderung abgesichert wird, und zwar mit den gleichen Zinskonditionen wie die soziale Eigentumsförderung insgesamt. Auch das ist ein Element, mit dem wir gut und innovativ und zukunftsfähig aufgestellt sind. Deshalb: Wir haben ein Programm für zukunftsfähiges Wohnen in Baden-Württemberg. Sie haben es nicht. Das hat diese Aktuelle Debatte wieder gezeigt.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben der FDP vorgeworfen, sie wolle das Problem rein marktwirtschaftlich lösen. Zunächst einmal muss man feststellen: Das Ganze ist ein Markt. Ich habe es vorhin gesagt. Etwa 93 % des Wohnraums in Baden-Württemberg – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war noch nie ein freier Markt in Baden-Württemberg!)

– Herr Schmiedel, Sie können sich nachher äußern, wenn Ihre Fraktion Sie lässt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Etwa 93 % des Marktes sind nun einmal ein freier Markt. Es gibt möglicherweise staatliche Aufgaben, um sich in diesen Markt regulierend einzumischen. Ich habe eine ganze Reihe solcher Maßnahmen genannt. Wenn wir beispielsweise steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten schaffen, wenn wir beispielsweise steuerliche Anreize schaffen, Wohnraum zu schaffen, wenn wir beispielsweise Abschreckungsmaßnahmen für private Investoren zurückdrängen, dann sind das staatliche Maßnahmen. Aber es sind bessere staatliche Maßnahmen als das, was Sie vorschlagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Denn alles, was Sie in Ihrem Köcher haben, sind Pfeile, die auf diejenigen gerichtet sind, die in Baden-Württemberg Mietwohnraum anbieten könnten. Das sind nämlich überwiegend nicht große Wohnungsbaugesellschaften. Wir haben in Baden-

Württemberg überwiegend Privatleute und kleine Wohnungsbaugesellschaften, die Mietwohnraum schaffen und zur Verfügung stellen. Die sind – das wissen Sie genau; Sie besuchen ja auch die Veranstaltungen dort – eben alles andere als begeistert von dem, was Sie vorschlagen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die werden Ihnen klipp und klar sagen, dass mit dem, was Sie vorschlagen, nicht mehr, sondern weniger Wohnraum in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt wird.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Sie versuchen dann, dies mit Mitteln wie der Mietpreissbremse anders umzuverteilen, und am Schluss kommt das heraus, was ich Ihnen vorher als Beispiel aus New York vorgetragen habe: Auf völlig verfehlte Weise haben dann Leute zu viel Wohnraum, und diejenigen, für die Sie ein solches Gesetz machen, sind am Ende die Gelackmeierten. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann haben Sie gesagt, Herr Minister, man soll den Mietwohnraum in Baden-Württemberg nicht zum Spekulationsobjekt machen. Das aus Ihrem Mund ist bemerkenswert; denn genau das haben Sie getan – Stichwort PATRIZIA. Das Thema scheint Ihnen außerordentlich peinlich zu sein. Denn obwohl der Kollege Wald wie auch ich es angesprochen haben – ich tue es jetzt zum zweiten Mal –, haben Sie kein Wort dazu gesagt.

(Abg. Tobias Wald CDU: Kein Wort vom Minister! Das enttäuscht!)

Kein Wort haben Sie dazu gesagt, Herr Minister.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rülke, kommen Sie bitte zum Ende.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das zeigt, dass das Thema Wohnraum ganz sicher nicht in den richtigen Händen ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Aktuelle Debatte – Punkt 1 der Tagesordnung – beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Logistik in Baden-Württemberg – Drucksache 15/6340

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und